



Friedhelm Duch – Eichenheege 10 – 63477 Maintal

Stadtverordnetenvorsteher

Karl-Heinz Kaiser

Rathaus

63477 Maintal

Maintal, den 08.03.2020

**Dringlichkeitsantrag der Fraktion B90/ Die Grünen zur Stadtverordnetenversammlung (Stvv)
am 09.03.2020**

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt folgenden Dringlichkeitsantrag für die
Stadtverordnetenversammlung am 09.03.2020:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Erklärung der Stadt Maintal zum „sicheren Hafen“

1. Die Stadt Maintal bekennt sich zu ihrer Verantwortung, Menschen zu helfen, die durch Krieg, Verfolgung und andere Notlagen aus ihrer Heimat flüchten mussten. Sie unterstützt deshalb, wie zahlreiche andere Städte, die Initiative „Seebrücke“ - Schafft sichere Häfen!“ und erklärt sich zum „sicheren Hafen.
2. Die Stadt Maintal appelliert an die Bundesregierung, sich noch nachdrücklicher und verstärkter für die Bekämpfung der Fluchtursachen sowie der Rettung der Menschen im Mittelmeerraum einzusetzen.
3. Aufgrund der Situation in den griechischen Flüchtlingslagern haben das Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ und weitere deutsche Kommunen konkret ihre Bereitschaft signalisiert, sofort bis zu 500 unbegleitete Minderjährige unter 14 Jahren im Rahmen eines Sofortprogramms aufzunehmen, die auf den griechischen Inseln unter nicht hinnehmbaren Zuständen untergebracht sind. Die Stadt Maintal fordert den Main-Kinzig-Kreis als zuständigen Träger der Jugendhilfe auf, in Not geratende unbegleitete Minderjährige Ausländer (UmAs) über die nach dem „Königsteiner Schlüssel“ aufzunehmende Zahl hinaus aufzunehmen. Die Stadt Maintal ist bereit, dem Jugendhilfeträger Räumlichkeiten zur Betreuung zur Verfügung zu stellen.

Friedhelm Duch
Eichenheege 10
63477 Maintal
fduch@t-online.de

4. Die Stadt Maintal spricht sich ausdrücklich für ein gemeinsames, solidarisches Europäisches Vorgehen aus, in dem die teilweise nationalen Abschottungsansätze überwunden und ein gemeinschaftlicher und fairer Umgang mit den hilfesuchenden Menschen erreicht wird. Sollte eine solche Einigung nicht erzielt werden, sollten sich aufnahmewillige Nationen unter Hinweis auf eine dringend notwendige gemeinsame Lösung dennoch zur Aufnahme bereit zeigen, um eine humanitäre Katastrophe zu verhindern.

Begründung:

Bereits am 5. November 2019 hat die Stadtverordnetenversammlung Maintal mit einem Beschluss zur Seenotrettung gezeigt, dass Humanität und Hilfe für geflüchtete Menschen für die Maintaler Stadtverordnetenversammlung einen hohen Stellenwert haben. Aktuell hat sich der Schwerpunkt auf die Grenze zwischen Griechenland und der Türkei verschoben, viele Menschen, insbesondere Jugendliche und Frauen mit Kindern, brauchen dringend Hilfe und sollten möglichst schnell aus dem Grenzgebiet geholt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Friedhelm Duch